

# Kraftwerk: Rat muss ran

BI peilt die nächsten 5000 Unterschriften an / „Kommunale Mittel“ gegen den Bau gesucht

LÜNEN ■ „Das war erst die erste Rate“, kündigte Thomas Matthée, Vorsitzender der Bürgerinitiative Kontrahlekraftwerk, gegenüber Bürgermeister Hans Wilhelm Stodollick an.

5416 Unterschriften legte er, begleitet von über 40 Unterstützern, gestern dem Bürgermeister vor. „10000 plus x Unterschriften sind unser Ziel. Und wir sind optimistisch“, so Matthée.

Vom Rat erhofft sich die BI, dass dieser sich gegen den Kraftwerksbau ausspreche und die Handlungsmöglichkeiten auslote, mit denen der Kraftwerksbau verhindert werden könne. Das könnten z.B. der Nichtverkauf kommunaler Grundstücke sein, ein Klageverfahren vor den Verwaltungsgerichten, die Einflussnahme auf Unternehmen mit Beteiligung der Stadt (Stadtwerke)

sowie die Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen.

„Das Gebiet im Stummhafen, auf dem das Kraftwerk gebaut werden soll, war im Flächennutzungsplan als Vorrangfläche für Windenergieanlagen dargestellt. Über die Änderung in ein Industriegebiet hätte der Rat ent-



**BI-Vorsitzender Thomas Matthée (r.) übergibt Bürgermeister Hans Wilhelm Stodollick einen Ordner mit 5416 Unterschriften gegen das geplante Kohlekraftwerk.**  
RN-Foto Hirsch

scheiden müssen“, so Matthée.

Nach der Abgabe der Unterschriftenlisten sei nun erstmal die Politik am Zuge. „Wir werden weiter unsere Informationsständen aufbauen und weitere Unterschriften sammeln“, kündigt BI-

Vorstandsmitglied Sara Köhler an. Mittlerweile ist die Zahl der BI-Mitglieder auf über 400 angewachsen. Und die BI ist überzeugt, dass es noch mehr werden. „An unseren Infoständen wird deutlich, dass noch viel Aufklärungsbedarf besteht. Manche haben überhaupt noch nichts

vom geplanten Kraftwerksbau gehört“, so Köhler weiter.

Die BI ist überzeugt, dass eigentlich alle Bürger darüber

entscheiden müssten, ob ein solches Kraftwerk gebaut werden sollte oder nicht. In anderen Städten, zum Beispiel beim Bau eines Bades in Oberhausen, habe der Rat die Entscheidung darüber den Bürgern übertragen, so Matthée. Einen klassischen Bürgerentscheid wie 2003 (Diskussion um Gewerbeflächen in Landschaftsschutzgebieten) hält die BI für nicht durchführbar. Nach der Gemeindeordnung sind Bürgerentscheide nicht in Verfahren möglich, in denen die Öffentlichkeit bereits beteiligt ist. Durch die Offenlegung der Genehmigungsunterlagen und die Möglichkeit der Bürger, Einwände zu formulieren, werde die Öffentlichkeit am Verfahren beteiligt. ■ hi

## Einwohnerantrag

Die Bürgerinitiative fordert in ihrem Antrag nicht nur, dass sich der Rat mit der Frage befasse solle, mit welchen kommunalen Mitteln der Bau des Kraftwerkes verhindert werden könne.

Unabhängig davon solle der Rat darüber entscheiden, sich freiwillig selbst dazu zu verpflichten, auf eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes hinzuwirken.

Des Weiteren soll die Ansiedlung weiterer Kohlekraftwerke und Verbrennungsanlagen in Lü-

nen mit allen zur Verfügung stehende kommunalen Mitteln verhindert werden.

Die Ratstätigkeit soll so ausgerichtet werden, dass die Erzeugung von Strom aus alternativen Konzepten eher gefördert werden soll als Kohlekraftwerke.

Schließlich sollen auf die Unternehmen mit städtischer Beteiligung hingewirkt werden, jegliche Unterstützung und Förderung der Ansiedlung weiterer Kraftwerke auf Lüner Gebiet zu vermeiden.

„10000 plus x Unterschriften sind unser Ziel. Und wir sind optimistisch.“  
THOMAS MATTHÉE